

**Interview**  
**29. April 2022**

## **Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge im Gespräch mit Christoph Heinemann**

**Christoph Heinemann:** Am Telefon ist Katarina Dröge, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wahlkreis Köln. Guten Morgen!

**Katarina Dröge:** Schönen guten Morgen.

**Heinemann:** Frau Dröge, wo können Sie der Union entgegenkommen?

**Dröge:** Erst mal freuen wir uns, dass die Union in dieser Woche sich entschlossen hat, einem Antrag der Ampel-Fraktionen zur Unterstützung der Ukraine beizutreten. In diesem Antrag ging es auch darum, dass wir gemeinsam gesagt haben, dass wir schnellstmöglich den Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit umsetzen wollen. Das hat die Union unterstützt und das werten wir als erstes positives Zeichen, dass sie da auch gesprächsbereit sind.

**Heinemann:** Und wo können Sie der Union entgegenkommen?

**Dröge:** Wir werben erst mal dafür und die ganz konkreten Verhandlungen, die mache ich, ehrlich gesagt, nicht mit der Union im Radio. Ich nehme wahr, dass Friedrich Merz teilweise mit uns über Twitter kommuniziert. Das finde ich keinen guten Stil in den Verhandlungen, sondern wenn man ernsthaft miteinander auf Augenhöhe sprechen will, dann tut man das miteinander, und so halten wir das.

**Heinemann:** Machen wir es konkret. CDU und CSU pochen als Bedingung für die Zustimmung zu den schuldenfinanzierten Bundeswehr-Milliarden auf einen dauerhaften Aufwuchs des Verteidigungshaushaltes. Können Sie den heute Früh verbindlich zusagen?

**Dröge:** Wir Grünen haben immer gesagt: Die Fähigkeitsziele der NATO zu erfüllen, das ist etwas, was wir extrem wichtig finden. Und das heißt: Man schaut sich ganz konkret an, was braucht die Bundeswehr, was funktioniert nicht, und das zu investieren. Aber sich zu orientieren an irgendeiner Prozentzahl, das finde ich in der Sache nicht angemessen. Schauen Sie sich das an: Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt und wir messen das an dem Bruttoinlandsprodukt, dann heißt das, wir müssten weniger in die Verteidigungsfähigkeit des Landes investieren. Momentan sinkt die Wirtschaft. Wir haben immer noch Wirtschaftswachstum, aber die Wachstumsraten sinken gerade. Das hieße, wir müssten prozentual jetzt gerade weniger investieren. Warum in so einer gefährlichen Zeit wie dieser? – Das heißt, aus meiner Sicht ist das kein vernünftiges Kriterium, sondern man muss sich das anschauen, was tatsächlich notwendig ist, und da stehen wir für zur Verfügung.

**Heinemann:** Nun pocht die Union auf dieser Bedingung. Was heißt das jetzt, dauerhafter Aufwuchs ja oder nein?

**Dröge:** Wir haben gesagt, dass wir dauerhaft bereit sind, 100 Milliarden Euro in die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stecken. Das ist auch anrechenbar auf die NATO-Quote. Und wir haben gesagt, wir sind bereit, mehr Geld in die Hand zu nehmen, um die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Das ist das, worüber wir mit der Union sprechen werden, und so wie die Union sich jetzt in dieser Woche auch bewegt hat und sich gemeinsam mit uns auf einen Ampel-Antrag verständigen konnte, so werben wir auch mit Blick auf das Sondervermögen zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Alles Weitere werden wir miteinander besprechen.

**Heinemann:** Frau Dröge, wie ist sichergestellt, dass das Geld ausschließlich für Waffen und den militärischen Bedarf der Soldatinnen und Soldaten ausgegeben wird?

**Dröge:** Das ist nicht der Gesetzentwurf, den die Bundesregierung vorschlägt, sondern die Bundesregierung sagt, wir wollen die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit des Landes stärken, und das heißt natürlich, dass ein großer Teil des Geldes auch oder insbesondere in die Fähigkeiten der Bundeswehr geht. Allerdings ist die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit breiter definiert. Da geht es auch um Cyber-Sicherheit, da geht es auch um die Unterstützung unserer Partnerländer, und das ist genau das, was die NATO auch als Sicherheit definiert. Das schlagen wir in dem Gesetzesentwurf vor und ich habe das tatsächlich nicht verstanden, warum die Union das kritisiert, worauf sich die NATO als Sicherheitsbegriff verständigt hat, was wir diesem Gesetzentwurf zugrunde gelegt haben. Das ist ein bisschen Verteidigungspolitik aus dem letzten Jahrhundert, so kommt es mir vor.

**Heinemann:** Finanzpolitik aus dem letzten Jahrhundert ist vielleicht das Sondervermögen. Warum werden die 100 Milliarden nicht im regulären Bundeshaushalt finanziert?

**Dröge:** Ich finde das sehr schlau, wenn man größere Projekte finanziert, dieses im Rahmen eines Sondervermögens zu machen, wo man sagt, wir nutzen damit die Möglichkeit, außerhalb der Schuldenbremse einen größeren Betrag für diese Themen zur Verfügung zu stellen. Damit schafft man auch langfristige Planungssicherheit und das ist bei größeren Projekten notwendig, und es gibt einfach Spielraum im Haushalt, das dann auch zu tun.

**Heinemann:** Wieviel Sondervermögen und Sonderhaushalte kann sich eine Regierung leisten?

**Dröge:** Dieses können wir uns definitiv leisten.

**Heinemann:** Es gibt ja auch schon den Umwelt-Sonderhaushalt.

**Dröge:** Genau! Den gibt es bereits.

**Heinemann:** Wie viele kommen noch dazu, so ungefähr?

**Dröge:** Wir besprechen momentan kein weiteres.

**Heinemann:** Frau Dröge, inwiefern ändert mehr Geld das veraltete Beschaffungswesen der Bundeswehr?

**Dröge:** Definitiv nicht. Mehr Geld alleine wird die Probleme bei der Beschaffung nicht lösen und deswegen haben wir auch als Grüne, aber auch als Ampel-Regierung gemeinsam gesagt, dass das eine der zentralen Anforderungen ist an die Verteidigungsministerin, wenn jetzt so viel Geld zusätzlich für Verteidigungsausgaben zur Verfügung gestellt wird, dass das Geld effizient eingesetzt wird. Wir haben in den letzten 16 Jahren unionsgeführtem Verteidigungsministerium erlebt, dass viel Geld da war, dass es aber immer wieder in Beschaffungsspannen verbrannt wurde, und das darf sich nicht wiederholen.

**Heinemann:** Kritikerinnen und Kritiker, im Ampel-Deutsch die Jungs und die Mädels, fragen sich: Warum reicht der weltweit siebent höchste Wehretat von 56 Milliarden Euro nicht aus, um eine schlagfertige Truppe aufzustellen?

**Dröge:** Das ist tatsächlich das Problem, was wir in den letzten 16 Jahren beobachtet haben. Es war viel Geld da, aber das Beschaffungswesen wurde extrem ineffizient organisiert. Da wurde viel Geld verbrannt und deswegen wurden viele, auch notwendige Investitionen nicht getätigt. Damit müssen wir jetzt aufräumen. Die Verteidigungsministerin hat ja die Ausrüstungsmängel im Plenum noch mal sehr deutlich auch dargestellt und das ist jetzt ein riesen Berg, vor dem wir stehen, der jetzt auch sehr kurzfristig gelöst werden muss, weil die Sicherheitslage in Europa sich so sehr verschärft hat. Da sind viele Fehler in den vergangenen 16 Jahren gemacht worden und auch deshalb die Einladung an die Union. Sie hat jetzt 16 Jahre lang das Verteidigungsministerium verantwortet. Sie trägt damit auch einen Teil der Verantwortung dafür, dass die Bundeswehr so viele Ausrüstungsmängel hat, und deswegen die Einladung, das jetzt gemeinsam mit uns zu lösen.

**Heinemann:** Fragt sich, ob die Reihenfolge stimmt. Erst mal finanziell klotzen mit 100 Milliarden und dann geht man auf Fehlersuche.

**Dröge:** Nee, das muss gleichzeitig passieren. Deswegen haben wir gesagt, die Anforderung ist: Wenn jetzt so viel Geld zur Verfügung gestellt wird, dann muss gleichzeitig das Beschaffungsmanagement

modernisiert werden, effizienter ausgestaltet werden, damit dieses Geld auch da ankommt, wo es ankommen soll.

**Heinemann:** Frau Dröge, schauen wir auf das Erscheinungsbild der Ampel-Koalition. Am Montag sagte Saskia Esken, Panzerlieferungen gehen nicht. Am Dienstagmorgen wiederholte Rolf Mützenich und Kevin Kühnert diese Sicht. Kurz darauf kündigte dann Ministerin Lambrecht Panzerlieferungen an. Alle genannten gehören der SPD an. – Wer ist für dieses Durcheinander verantwortlich?

**Dröge:** Ich nehme natürlich wahr, dass die Menschen sich von dieser Regierung wünschen, dass wir noch mehr noch klarer kommunizieren, dass wir auch noch besser erklären.

**Heinemann:** Noch klarer? Es wäre ja schon mal schön, wenn überhaupt klar kommuniziert würde.

**Dröge:** An vielen Stellen tun wir das, wenn Sie sich beispielsweise das ganze Thema Ölembargo anschauen. Da hat Minister Habeck diese Woche noch mal sehr ausführlich erklärt, welche Schritte er unternommen hat, um dafür zu sorgen, dass wir schneller unabhängig werden von russischem Öl. Oder Frau Baerbock, die ins Baltikum gefahren ist und sich sehr intensiv mit unseren europäischen Partnern darüber ausgetauscht hat und erklärt hat, was geht momentan mit Blick auf Rüstungssendungen an die Ukraine, was geht nicht und wie werden wir auch unsere baltischen Partner\*innen unterstützen. – Wir haben jetzt extra diese Sitzungswoche einen zehn Seiten umfassenden Antrag als Koalitionsfraktion, als Ampel-Fraktion in den Bundestag eingebracht, um in 40 Punkten noch mal zu erklären, was aus unserer Sicht die notwendigen Schritte sind, und der Kanzler hat jetzt auch an verschiedenen Stellen in Interviews noch mal sehr ausführlich dargelegt, was seine Erwägungen sind. Deswegen würde ich nicht sagen, dass diese Koalition nicht erklärt, aber wir nehmen natürlich wahr, dass es noch mehr Klarheit braucht, und das ist etwas, woran wir jeden Tag auch arbeiten, das zu erklären. Dazu gehört allerdings auch, dass eine Regierung nicht immer alles kommunizieren kann, bevor sie es tut. Um jetzt das Beispiel des Ölembargos zu nehmen: Herr Habeck hat immer gesagt...

**Heinemann:** Entschuldigung! Können wir noch mal zurück zu diesem Hin und Her bei den Panzerlieferungen? Kann man so regieren?

**Dröge:** Ja! Das wollte ich ja gerade erklären, warum man nicht immer alles kommunizieren kann, bevor man etwas tut. Da sind bestimmte Sicherheitsfragen mit verbunden, aber manchmal geht es auch darum, nicht etwas anzukündigen, solange es noch nicht realisiert ist, sondern dann es zu verkünden in dem Moment, in dem es dann auch entschieden ist. Beispielsweise bei dem Ringtausch, da hatten wir jetzt über Wochen die Diskussion darüber, dass schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden müssen. Die Regierung hat an diesem Ringtausch gearbeitet. Das war kein Vorschlag, der in der öffentlichen Debatte war. Es ist aber eine Lösung gewesen, die sehr schnell sehr pragmatisch dann auch schwere Waffen in die Ukraine liefert, und in dem Moment, wo es entschieden war, hat die Bundesregierung es auch öffentlich kommuniziert. Das ist etwas, was in so einer unsicheren Zeit Regierungshandeln bedingt, dass man es dann kommuniziert, wenn es entschieden ist. Man kann nicht immer Sachen vorher ankündigen.

**Heinemann:** Also weiter so?

**Dröge:** Ich habe ja schon gesagt, dass wir wahrnehmen, dass wir noch besser und noch mehr kommunizieren müssen. Das betrachte ich als Auftrag für uns als ganze Regierungskoalition. Das schauen wir uns natürlich an, dass es da Kritik an unserer Kommunikation gibt.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*